

**STADT WAIBLINGEN**  
**Große Kreisstadt**

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des  
Gemeinderats  
am Donnerstag, 14. Dezember 2017 im Ratssaal des Rathauses Waiblingen**

**- öffentlich -**

**Beginn: 16:00 Uhr    Ende: 22:54 Uhr**

---

<b>Vorsitzender</b>	<b>Sonntag, Juliane</b>
<b>Oberbürgermeister</b>	<b>Stumpp, Michael</b>
<b>Hesky, Andreas</b>	<b>Supernok, Gabriele</b>
<b>Erste Bürgermeisterin</b>	<b>Unger, Christel</b>
<b>Dürr, Christiane</b>	<b>Wied, Roland</b>
<b>Techn. Beigeordnete</b>	<b>Winkler, Monika</b>
<b>Priebe, Birgit</b>	<b>Wissmann, Bernd</b>
<b>Stadträtinnen/räte</b>	<b>Wörner, Sabine</b>
<b>Abele, Peter</b>	<b>Presse</b>
<b>Abelein, Urs</b>	<b>David, Birgit</b>
<b>Bechtle, Wolfgang</b>	<b>Verwaltung</b>
<b>Beck, Peter</b>	<b>Bayer, Thomas</b>
<b>Bläsing, Alfred</b>	<b>Bender, Frank</b>
<b>Bok, Daniel</b>	<b>Blank, Walter</b>
<b>Bubeck, Siegfried</b>	<b>Dr. Funk, Marc</b>
<b>Dr. Kasper, Siegfried</b>	<b>Elser, Gerhard</b>
<b>Dr. von Pollern, Hans-Ingo</b>	<b>Gunser, Michael</b>
<b>Eckstein, Simone</b>	<b>Hähnle, Rainer</b>
<b>Escher, Volker</b>	<b>Henschel, Patrik</b>
<b>Fazio, Alfonso</b>	<b>Maisch, Jannik</b>
<b>Feßmann, Michael</b>	<b>Menz, Jochen</b>
<b>Förster, Iris</b>	<b>Merkes, Dominik</b>
<b>Goll, Julia</b>	<b>Motschenbacher, Markus</b>
<b>Hernadi, Silke</b>	<b>Nußbaum, Werner</b>
<b>Huber, Angela</b>	<b>Ozan, Fatih</b>
<b>Jasper, Wilfried</b>	<b>Raible, Markus</b>
<b>Kuhnle, Matthias</b>	<b>Rheiner, Astrid</b>
<b>Mergenthaler, Bernd</b>	<b>Schaal, Thomas</b>
<b>Metzger, Dagmar</b>	<b>Schwab, Andreas</b>
<b>Rieger, Andrea</b>	<b>Schwiertz, Erika</b>
<b>Schöllkopf, Hermann</b>	<b>Seeger, Michael</b>
<b>Schwarz, Christina</b>	<b>Simmendinger, Gabriele</b>
	<b>Tiemann, Daniela</b>

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des  
Gemeinderats  
am Donnerstag, 14. Dezember 2017 im Ratssaal des Rathauses Waiblingen  
- öffentlich -**

---

**Vuk, Thomas  
Weigl, Gabriele  
Wolf, Jochen  
Zettler, Ulrike**

**Schriftführerin  
Steinbach, Birgit**

**ZUR BEURKUNDUNG**

**VORSITZENDER:**

**FÜR DEN GEMEINDERAT:**

**SCHRIFTFÜHRERIN:**

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des  
Gemeinderats  
am Donnerstag, 14. Dezember 2017 im Ratssaal des Rathauses Waiblingen  
- öffentlich -**

---

**T A G E S O R D N U N G**

- 1 Bürgerfragestunde
- 2 Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse
- 3 Haushaltssatzung 2018 mit Haushaltsplan einschließlich Finanzplanung bis 2021 und Bürgerschaftsübernahmen
  - a) Beratung und Entscheidung über die Haushaltsanträge
  - b) Beratung und Beschlussfassung über Einwendungen von Einwohnern und Abgabepflichtigen
  - c) Verabschiedung des Haushalts
- 4 Wirtschaftsplan 2018 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung
- 5 Kläranlage Hegnach, Neubau Gebläsestation  
- Planungsbeschluss
- 6 Kernstadt III (SGP) - Änderung der Satzung über die förmliche Festsetzung des Sanierungsgebietes Planbereich 01.01 / Planbereich 06.02 Gemarkung Waiblingen  
- Satzungsbeschluss
- 7 Remstal Gartenschau 2019, Umgestaltung Seeplatz  
- Baubeschluss
- 8 Friedensschule Neustadt - Fortsetzung der Sanierungsmaßnahmen am Hauptgebäude  
- Baubeschluss Bauabschnitt 2018
- 9 Fortschreibung des Integrationskonzeptes
- 10 Verschiedenes
- 11 Anfragen

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des  
Gemeinderats  
am Donnerstag, 14. Dezember 2017 im Ratssaal des Rathauses Waiblingen  
- öffentlich -**

---

## **N i e d e r s c h r i f t**

### **§ 1 Bürgerfragestunde**

Nachdem keine Fragen gestellt werden, schließt der *Vorsitzende* die Bürgerfragestunde.

### **§ 2 Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse**

Der *Vorsitzende* teilt mit, dass keine nichtöffentlich gefassten Beschlüsse bekanntzumachen sind.

### **§ 3 Haushaltssatzung 2018 mit Haushaltsplan einschließlich Finanzplanung bis 2021 und Bürgerschaftsübernahmen**

- a) Beratung und Entscheidung über die Haushaltsanträge**
- b) Beratung und Beschlussfassung über Einwendungen von  
Einwohnern und Abgabepflichtigen**
- c) Verabschiedung des Haushalts**

Der *Vorsitzende* geht die einzelnen Berichtigungen durch. Zur Anlage 4 der Berichtigungsliste erläutert er, dass nicht nur Mittel für die Schulen bereitgestellt werden sollen, sondern auch für die Kindergärten und sich die Summe dadurch um 6.000 Euro erhöht.

Stadträtin *Metzger* ist überrascht, dass für die Einführung des digitalen Sitzungsdienstes Gelder im Haushalt eingestellt wurden, obwohl dies im Gremium noch nicht beschlossen wurde.

Der *Vorsitzende* entgegnet, dass man sich im Gremium darauf verständigt hatte, dieses Projekt anzugehen. Eine Beratung und Beschlussfassung wird folgen.

Der *Vorsitzende* schlägt vor, über die Berichtigungsliste „en bloc“ abzustimmen.

Der Gemeinderat

**beschließt**

einstimmig:

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des  
Gemeinderats  
am Donnerstag, 14. Dezember 2017 im Ratssaal des Rathauses Waiblingen  
- öffentlich -**

---

**Die vorgeschlagene Berichtigungsliste zum Haushalt 2018 umzusetzen.**

Der *Vorsitzende* geht auf den Stellenplan ein und erläutert die wesentlichen Veränderungen bei den stellenplanrelevanten Stellen.

Anschließend stellt der *Vorsitzende* den Ablauf zur Behandlung der Haushaltsanträge dar und ruft zuerst die Einwendung E 1 auf.

Antrag E 1: Toilettenanlage Oberer Ring

Der *Vorsitzende* begrüßt die Herren Riedel und Vögele als Vertreter der antragstellenden Vereine.

Herr *Riedel* erläutert den Antrag. Die Stellungnahme der Verwaltung konnte nicht überzeugen, da aus Sicht der Vereine die Situation mit mobilen Toilettenanlagen nicht zu bewältigen sein wird. Auch werde eine Kosten-/Nutzen-Analyse über einen längeren Zeitraum zeigen, dass eine mobile Toilettenanlage nicht wirtschaftlich ist.

Stadtrat *Dr. Kasper* sieht die Notwendigkeit, hier dauerhaft Abhilfe zu schaffen, ein Provisorium komme nicht in Betracht. Seine Fraktion werde dem Antrag zustimmen.

Stadträtin *Goll* sieht dies ebenso und spricht sich dafür aus, in der heutigen Sitzung einen Grundsatzbeschluss zu fassen und die weitere Planung in den Ausschuss zu verweisen.

Stadtrat *Wied* kann der grundsätzlichen Notwendigkeit dieser Investition auch zustimmen. Allerdings sieht er hinsichtlich des Standortes noch Beratungsbedarf. Eventuell könnte eine neue Toilettenanlage so errichtet werden, dass sie auch von Besuchern der Talaue genutzt werden kann, was besonders im Rahmen der Remstal Gartenschau nützlich wäre.

Stadtrat *Kuhnle* teilt mit, dass seine Fraktion den Handlungsbedarf sieht und eine temporäre Lösung nicht unterstützen wird. Er schlägt vor, die bestehende Anlage an Platz 3 zu sanieren und zu erweitern.

Die Stadträte *Fazio*, *Bok* und *Wissmann* sagen ebenfalls ihre Zustimmung für den Antrag zu.

Der *Vorsitzende* versichert, dass der Bedarf auch von Seiten der Verwaltung gesehen wird, aber gerade wegen des Standortes noch das Gespräch mit den Vereinen gesucht werden soll. Der Verweis in den Ausschuss ist ein positiver Verweis.

Der Gemeinderat

**beschließt**

einstimmig:

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des  
Gemeinderats  
am Donnerstag, 14. Dezember 2017 im Ratssaal des Rathauses Waiblingen  
- öffentlich -**

---

**Zustimmung zum Bau einer zentralen Toilettenanlage im Oberen Ring und Verweis  
in den Ausschuss**

Antrag 1: Jugendcard

Stadträtin *Rieger* erläutert den Antrag. Der Verweis der Verwaltung auf die bereits bestehenden Angebote zeige, wie wichtig die Einführung einer Jugendcard ist, damit die Angebote gebündelt werden.

Stadtrat *Abelein* hält die Idee grundsätzlich für gut, er befürchtet allerdings Probleme in der Umsetzung. Der Stadtpass zeige, wie kompliziert die Abwicklung einer solchen Karte ist.

Auch Stadtrat *Dr. Kasper* befürchtet für die Einführung einer Jugendcard einen großen Aufwand, der angesichts des bestehenden Angebots nicht gerechtfertigt erscheint.

Stadträtin *Goll* weist darauf hin, dass es sich bei dem Antrag lediglich um einen Prüfauftrag an die WTM GmbH handelt und nicht über die Einführung der Jugendcard entschieden werden soll.

Der Gemeinderat

**beschließt**

mehrheitlich mit 22 Stimmen, 7 Gegenstimmen und 1 Enthaltung:

**Mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt**

Antrag 2: E-Ladesäulen

Stadtrat *Abelein* erläutert den Antrag. Seine Fraktion ist mit der Stellungnahme der Verwaltung einverstanden.

Stadtrat *Feßmann* sagt die Unterstützung seiner Fraktion zu. Er weist auf die Notwendigkeit hin, die Plätze hinreichend zu kennzeichnen.

Stadträtin *Goll* möchte wissen, was unter teilweiser Zustimmung zu verstehen ist.

Der *Vorsitzende* erläutert, dass dem Ziel zugestimmt wird, das E-Ladesäulen-Angebot zu erhöhen. Es soll aber nicht in jedem Wohngebiet eine Ladesäule errichtet werden.

Stadtrat *Dr. Kasper* sieht in dieser Maßnahme einen guten Einstieg in die E-Mobilität.

Stadtrat *Fazio* hält Investitionen in diesem Bereich ebenfalls für notwendig. Um den Markt anzustoßen, sei ein flächendeckender Ausbau an Ladesäulen Grundvoraussetzung.

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des  
Gemeinderats  
am Donnerstag, 14. Dezember 2017 im Ratssaal des Rathauses Waiblingen  
- öffentlich -**

---

Stadtrat *Bok* ergänzt, dass eine Nutzungsauswertung der jeweiligen Säulen erfolgen müsse, um Rückschlüsse ziehen zu können.

Der *Vorsitzende* versichert, dass man mit den Stadtwerken einen zuverlässigen Dienstleister hat und aufgrund der Erfahrungen mit den bestehenden Ladesäulen auch Rückschlüsse gezogen und dementsprechend reagiert werde.

Der Gemeinderat

**beschließt**

einstimmig:

**Teilweise Zustimmung**

Antrag 3: Deckelung Investitionsvolumen

Stadtrat *Jasper* erläutert den Antrag. Die Stellungnahme der Verwaltung lasse keinen Sparwillen erkennen. Eine nachhaltige generationengerechte Finanzpolitik fordere dringend, in finanziell guten Jahren Rücklagen zu bilden.

Stadtrat *Goll* hat grundsätzlich Verständnis für den Antrag. Die Realität in den letzten Jahren zeige aber, dass es nicht gelingt, das Investitionsvolumen umzusetzen. Zudem sei dies ein Antrag der mittelfristigen Finanzplanung und könne demnach nicht im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2018 verbindlich beschlossen werden.

Stadtrat *Wied* sieht in diesem Antrag keine zielführende Möglichkeit mit der Finanzsituation umzugehen. Investitionen sind notwendig um die Stadt zukunftsfähig und attraktiv zu machen. Auch können immer unvorhergesehene Investitionen anfallen.

Stadtrat *Dr. Kasper* hält starre Grenzen nicht für zielführend. Das Gremium habe es jedes Jahr während der Haushaltsberatungen in der Hand, über einzelne Investitionen und damit die Gesamtinvestitionshöhe zu entscheiden.

Auch Stadtrat *Fazio* sieht in der Festlegung eines Pauschalbetrages nicht den richtigen Weg, stattdessen müssten konkrete Maßnahmen auf den Prüfstand. Außerdem kommen Investitionen der heimischen Wirtschaft zugute.

Stadtrat *Wissmann* hält den Ansatz für nicht zweckmäßig, um den Ergebnishaushalt 2020 auszugleichen. Auch müsse auf Unvorhergesehenes reagiert werden können.

Stadtrat *Bok* nimmt den Antrag als ein wichtiges Zeichen mit, sich künftig genauer zu überlegen, was sich die Stadt leisten könne.

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des  
Gemeinderats  
am Donnerstag, 14. Dezember 2017 im Ratssaal des Rathauses Waiblingen  
- öffentlich -**

---

Der *Vorsitzende* versichert, dass der Ansatz gesehen und der Antrag im Auge behalten wird. Eine Deckelung des Investitionsvolumens ist in der Praxis allerdings nicht umsetzbar, da auf anstehende Investitionen, wie die Sanierungen der Rundsporthalle und des Salierymnasiums Rücksicht genommen werden muss.

Stadtrat *Jasper* ist enttäuscht über die Stellungnahmen der Fraktionen. Wenn es in Zeiten wie diesen nicht gelinge, einen Haushalt mit positivem Ergebnis zu erzielen, dann lebe die Stadt auf zu großem Fuß.

### **Antrag zurückgezogen**

#### Antrag 4: Hebesatz Gewerbesteuer

Stadtrat *Wied* erläutert den Antrag. Dass der städtische Haushalt höhere Einnahmen benötigt, sei jedem bekannt und so liege es nahe, den Gewerbesteuerhebesatz auf ein vernünftiges Niveau anzuheben. Bei der derzeitigen Konjunkturlage sei eine Anpassung vertretbar und notwendig, um die Stadt zukunftsfähig zu halten.

Stadtrat *Jasper* hält es für ungerecht und unsozial, die Gewerbetreibenden noch stärker zur Kasse zu bitten. Mit 56 Millionen Euro Gewerbesteuer leisten sie bereits jetzt ihren Anteil am Gemeinwesen.

Auch Stadtrat *Dr. Kasper* hält eine Gewerbesteuererhöhung nicht für den richtigen Weg.

Stadtrat *Fazio* sieht die Notwendigkeit für eine Erhöhung und hält eine Anhebung des Hebesatzes in dieser Höhe für akzeptabel.

Stadträtin *Goll* sieht zum gegenwärtigen Zeitpunkt keinen Bedarf die Gewerbesteuer zu erhöhen. Die Stadt sei schließlich nicht der „Sparbeutel der Gewerbetreibenden“.

Stadtrat *Wissmann* hingegen hält eine Steuererhöhung für notwendig.

Ebenso kann Stadtrat *Bok* einer Erhöhung zustimmen.

Der *Vorsitzende* stimmt zu, dass eine Verbesserung der Ertragssituation im Ergebnishaushalt ein wichtiges Ziel ist. Dafür seien aber unterschiedliche Maßnahmen notwendig und eine Überprüfung und gegebenenfalls Anpassung aller Gebühren und Beiträge sei erforderlich.

Stadtrat *Wied* macht deutlich, dass es hier nicht um soziale Fragen geht oder darum, einen Höchststeuersatz einzuführen. Es soll ein Signal dafür gesetzt werden, dass der städtische Haushalt zukünftig dringend höhere Einnahmen benötigt. Sollte dieser Antrag keine Mehrheit finden, werde die SPD-Fraktion auch keiner Grundsteuer- oder Kindergartengebührenerhöhung zustimmen.

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des  
Gemeinderats  
am Donnerstag, 14. Dezember 2017 im Ratssaal des Rathauses Waiblingen  
- öffentlich -**

---

Der Gemeinderat

**lehnt**

den Antrag mehrheitlich mit 19 Stimmen und 13 Gegenstimmen **ab**.

Antrag 5: Digitalisierung / E-Mobilität

Stadtrat *Jasper* erläutert den Antrag. Wenn der Vorsitzende versichert, dass die Stadtwerke GmbH in der Lage ist, den Glasfaserausbau weiterhin in diesem Umfang voranzutreiben, ist seine Fraktion zufrieden.

Stadtrat *Fazio* sieht keine Notwendigkeit, den Stadtwerken Geld aus dem städtischen Haushalt zukommen zu lassen. Die Aufgabe werde gut mit eigenen Mitteln bewältigt.

Stadtrat *Wied* sieht hierfür ebenfalls keinen Anlass. Die Stadtwerke haben das Thema als Geschäftsfeld erkannt und sind aktiv. Bei Bedarf könne im Aufsichtsrat immer eine Kapitalerhöhung beschlossen werden.

Der *Vorsitzende* versichert, dass die Stadtwerke GmbH ein gesundes Unternehmen ist, das die Aufgabe des Glasfaserausbaus schultern kann.

Stadtrat *Jasper* verteidigt den Antrag damit, dass seine Fraktion in dieser Sache unterstützen wollte. Nachdem dies nicht notwendig erscheint, wird der Antrag zurückgezogen.

**Antrag zurückgezogen**

Antrag 6: Online-Dienstleistungsportal

Stadtrat *Stumpp* erläutert den Antrag. Seine Fraktion könne mit dem Verweis in den Ausschuss gut leben. Wichtig sei, dass das Thema zeitnah abgearbeitet und nicht auf die lange Bank geschoben werde.

Der *Vorsitzende* sagt zu, dass die Verwaltung gerne im Ausschuss darüber berichten wird, welche Online-Dienste über das Service-Portal des Landes bereits heute genutzt werden können. Er weist darauf hin, dass eine digitale Antragstellung momentan an der fehlenden elektronischen Signatur scheitert.

Der Gemeinderat

**beschließt**

einstimmig:

**Verweis in den Ausschuss**

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des  
Gemeinderats  
am Donnerstag, 14. Dezember 2017 im Ratssaal des Rathauses Waiblingen  
- öffentlich -**

---

Antrag 7: WLAN für Hegnach

Ortsvorsteher *Motschenbacher* erläutert den Antrag.

Der Gemeinderat

**beschließt**

einstimmig.

**Teilweise Zustimmung**

Antrag 8: Mängelmelder App

Stadtrat *Fazio* erläutert den Antrag.

Der Gemeinderat

**beschließt**

einstimmig:

**Verweis in den Ausschuss**

Antrag 9: Einführung Waiblingen App

Stadtrat *Dr. Kasper* erläutert den Antrag.

Der Gemeinderat

**beschließt**

einstimmig:

**Verweis in den Ausschuss**

Antrag 10: Aufwandsentschädigung Wahlhelfer

Stadtrat *Dr. Kasper* erläutert den Antrag.

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des  
Gemeinderats  
am Donnerstag, 14. Dezember 2017 im Ratssaal des Rathauses Waiblingen  
- öffentlich -**

---

Stadträtin *Unger* verweist auf die sehr langen Arbeitszeiten bei einer Wahl, die honoriert werden müssten.

Stadträtin *Goll* sieht in einer angemessenen Entschädigung auch Anerkennung und Wertschätzung für das ehrenamtliche Engagement.

Der Gemeinderat

**beschließt**

einstimmig:

**Zustimmung und Verweis in den Ausschuss**

Antrag 11/1: Anhebung Budget aller Schulen

Stadträtin *Goll* erläutert den Antrag. Den Schulen soll mit dem zusätzlichen Budget etwas mehr Flexibilität gegeben werden. Sie kritisiert die Stellungnahme der Verwaltung, in der vermittelt wird, dass keine Haushaltsanträge notwendig seien, weil die Verwaltung bereits alles Notwendige unternehme.

Stadtrat *Bubeck* hält die Schulen für gut ausgestattet. Die Schulleitungen können selbst festlegen, wofür die Mittel ausgegeben werden. Restmittel können übertragen und so angespart werden. Außerdem ist es möglich, für außerordentliche Anschaffungen einen Antrag bei der Stadt zu stellen. Er ist der Meinung, die Budgetierung der Schulen funktioniere sehr gut und seine Fraktion werde daher nicht zustimmen.

Stadträtin *Metzger* teilt mit, dass die ALi-Fraktion zustimmen wird. Mit einem höheren Budget könne verhindert werden, dass die Eltern für kleine Ausgaben zur Kasse gebeten werden.

Stadtrat *Dr. Kasper* ist auch der Meinung, dass die Regelung mit den schuleigenen Budgets gut funktioniert und die Schulen damit in der Lage sind, flexibel und eigenverantwortlich zu wirtschaften. Wenn die Schulen an den Gemeinderat herantreten würden, weil die Mittel nicht ausreichen, könnte reagiert werden. Momentan wird hierzu keine Notwendigkeit gesehen.

Stadtrat *Beck* schließt sich der Meinung der CDU-Fraktion an. Die Budgets seien auskömmlich und bieten den Schulen ausreichend Flexibilität.

Auch die Stadträte *Wissmann* und *Bok* sehen keine Notwendigkeit für eine Erhöhung.

Stadträtin *Goll* lässt wissen, dass die FDP mit den beiden Anträgen ein Zeichen setzen wollten. Zumal die Realität für Eltern anders aussehe.

Antrag 11/2: Anhebung Budget aller Kindertagesstätten

Stadträtin *Goll* erläutert den Antrag.

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des  
Gemeinderats  
am Donnerstag, 14. Dezember 2017 im Ratssaal des Rathauses Waiblingen  
- öffentlich -**

---

Der Gemeinderat

**lehnt**

die Anträge 11/1 und 11/2 mehrheitlich mit 24 Stimmen und 8 Gegenstimmen **ab**.

Antrag 12: Umgestaltung der Fläche bei der Galerie Stihl Waiblingen

Stadtrat *Stumpp* erläutert den Antrag. Seine Fraktion sieht einen deutlichen Optimierungsbedarf dieser Fläche. Auch könne die Argumentation der Verwaltung nicht nachvollzogen werden, da auf der Fläche kaum Veranstaltungen stattfinden.

Stadträtin *Sonntag* lehnt den Antrag entschieden ab, da mit einer Umgestaltung der Fläche die grüne und urbane Kulisse verloren gehen würde. Wenn gestalterisch eingegriffen werden wollte, müsste ein komplett neues Konzept erstellt werden, das ausreichend Zeit benötige.

Stadträtin *Goll* hält den Platz für trostlos und wenig qualitativ, auch wenn ein Konzept dahinter stehen mag. Sie schlägt vor, sich wenigstens aufzeigen zu lassen, was möglich wäre.

Stadtrat *Kuhnle* teilt mit, dass seine Fraktion der Stellungnahme der Verwaltung zustimmt und anregt, vermehrt zu kontrollieren, um das Parken auf der Fläche einzuschränken.

Stadträtin *Förster* hält auch nichts davon, viel Geld für eine Aufwertung der Fläche auszugeben. Wenn eine Veränderung gewünscht wird, sollte das Gesamtkonzept angegangen werden.

Stadtrat *Wissmann* schließt sich grundsätzlich Stadträtin Sonntag an, wenngleich er mehr Grün befürworten würde. Er wird sich bei der Abstimmung enthalten.

Stadtrat *Bok* sieht hier keinen unbedingten Handlungsbedarf.

Der *Vorsitzende* versichert, dass das Parkproblem bekannt ist. Dieses könne aber nicht Anlass sein, den kompletten Platz umzugestalten. Zumal in der Innenstadt nur ganz wenige große Freiflächen existieren.

Er sagt zu, dass die Verwaltung gerne bereit ist, zur Remstal Gartenschau für eine temporäre Begrünung und weitere Sitzgelegenheiten zu sorgen.

Der Gemeinderat

**lehnt**

den Antrag mehrheitlich mit 18 Stimmen, 12 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen **ab**.

Anträge 13, 23/1 und E 23/2: Bürgerhaus WN-Süd

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des  
Gemeinderats  
am Donnerstag, 14. Dezember 2017 im Ratssaal des Rathauses Waiblingen  
- öffentlich -**

---

Stadtrat *Fazio* schlägt vor, die drei Anträge zum Bürgerhaus WN-Süd gemeinsam zu beraten.

Stadtrat *Wied* erläutert den Antrag 13 und teilt mit, dass die SPD-Fraktion mit einem Verweis in den Ausschuss zufrieden ist.

Stadtrat *Fazio* erläutert den Antrag 23/1. Seine Fraktion ist ebenfalls mit einem Verweis in den Ausschuss einverstanden.

Der *Vorsitzende* stellt fest, dass kein Vertreter der Einwendung 23/2 anwesend ist.

Stadtrat *Dr. Kasper* teilt mit, dass die CDU-Fraktion mit dem Verweis in den Ausschuss einverstanden ist, da der Termin für die Beratung bereits feststeht.

Stadträtin *Hernadi* gibt bekannt, dass die DFB-Fraktion einem Verweis in den Ausschuss ebenfalls zustimmt.

Stadträtin *Goll* kann nicht nachvollziehen, dass Anträge für Dinge gestellt werden, die bereits feststehen.

Der Gemeinderat

**beschließt**

für die Anträge 13, 23/1 und E 23/2 einstimmig:

**Verweis in den Ausschuss**

Antrag 14: Kinderbetreuungsgebühren

Stadtrat *Wied* erläutert den Antrag.

Stadträtin *Goll* gibt bekannt, dass die FDP-Fraktion dem Antrag zustimmen wird, da sie eine Gebührenerhöhung nie befürwortet hatte.

Stadtrat *Fazio* sagt ebenfalls die Zustimmung zu dem Antrag zu.

Für Stadtrat *Bubeck* hat der Beschluss des Gemeinderates zur Erhöhung der Kindergartengebühren Bestand. Er ist zuversichtlich, dass die Gespräche mit dem Gesamtelternbeirat fruchten und ein für alle Seiten akzeptables Ergebnis erzielt wird. Der Antrag werde daher abgelehnt.

Auch Stadtrat *Dr. Kasper* hält sich für an den Beschluss gebunden und wird dem Antrag nicht zustimmen.

Stadtrat *Wissmann* möchte die Gespräche mit dem Gesamtelternbeirat abwarten.

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des  
Gemeinderats  
am Donnerstag, 14. Dezember 2017 im Ratssaal des Rathauses Waiblingen  
- öffentlich -**

---

Stadtrat *Bok* geht davon aus, dass in den Gesprächen ein Konsens gefunden wird und hält an der beschlossenen Gebührenerhöhung fest.

Der *Vorsitzende* bittet um Geduld und Verständnis dafür, dass sich die Gespräche hinziehen. Schließlich nehme man Rücksicht aufeinander und versuche die Gespräche so zu terminieren, dass möglichst alle teilnehmen können. Die Verwaltung ist jedenfalls optimistisch, dass es im ersten Halbjahr 2018 zu einem Einvernehmen kommen wird.

Stadtrat *Wied* führt aus, dass für seine Fraktion der Ausgang der Gespräche nicht ausschlaggebend ist. Man habe das zu vertreten, was für richtig angesehen werde.

Der Gemeinderat

**lehnt**

den Antrag mehrheitlich mit 18 Stimmen und 15 Gegenstimmen **ab**.

Antrag 15: Planungsrate Kindergarten Berg/Bürg

Ortschaftsrat *Wissmann* erläutert den Antrag.

Stadträtin *Wörner* stimmt dem Antrag zu. Eine weitere Interimslösung werde nicht gewünscht.

Stadträtin *Metzger* sagt ebenfalls die Zustimmung der ALi-Fraktion zu. Es sei wichtig, dass bei Bezug der Neubauten ausreichend Betreuungsplätze angeboten werden können und die Kinder nicht in umliegende Ortschaften gefahren werden müssen.

Auch Stadträtin *Goll* stimmt dem Antrag zu. Ein Planungsprozess dauere seine Zeit und sie kann nichts Negatives daran finden, dafür ausreichend Zeit vorzusehen.

Stadträtin *Hernadi* teilt mit, dass die Mehrheit der DFB-Fraktion den Antrag ablehnen wird. Man verlasse sich auf den Sachverstand des Fachamtes.

Stadtrat *Dr. Kasper* hält den Antrag grundsätzlich für gerechtfertigt. Da der Bedarf an Betreuungsplätzen derzeit noch nicht absehbar ist, werde seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen.

Stadtrat *Bok* wird zustimmen. Im Jahr 2018 mit der Planung zu beginnen, könne auch bedeuten, dass erst Ende des Jahres begonnen wird und bis dahin wird der Bedarf näher eingeschätzt werden können.

Der Gemeinderat

**stimmt**

dem Antrag mehrheitlich mit 18 Stimmen und 15 Gegenstimmen **zu**.

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des  
Gemeinderats  
am Donnerstag, 14. Dezember 2017 im Ratssaal des Rathauses Waiblingen  
- öffentlich -**

---

Antrag 16: Planungskosten Ortsmitte Neustadt

Stadträtin *Tiemann* erläutert den Antrag.

Stadtrat *Fazio* bringt bei dieser Gelegenheit vor, dass es interessant wäre zu erfahren, wie hoch die Ortschaftsratsbudgets sind und wofür sie verwendet werden.

Der *Vorsitzende* erinnert daran, dass Ende des nächsten Jahres über die Höhe der Ortschaftsratsbudgets entschieden wird. Dabei werde auch über die Verwendung berichtet.

Der Gemeinderat

**beschließt**

einstimmig:

**Teilweise Zustimmung**

Antrag 17: Sofortmaßnahmen Schadstoffbelastung

Stadtrat *Dr. Kasper* erläutert den Antrag. Wenn es so ist, dass bei Handlungsbedarf ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, dann könne seine Fraktion mit der Stellungnahme der Verwaltung gehen und auf die Einstellung einer Verpflichtungsermächtigung verzichten.

Der *Vorsitzende* versichert, dass dies der Fall ist.

Der Gemeinderat

**beschließt**

einstimmig:

**Verweis in den Ausschuss und Verzicht auf die Einstellung einer Verpflichtungsermächtigung**

Antrag 18: Möglichkeit von Dachausbauten

Stadträtin *Wörner* erläutert den Antrag und teilt mit, dass die Fraktion mit der Zusage der Verwaltung, künftig die baurechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, zufrieden ist.

Stadtrat *Dr. Kasper* ist sowieso der Meinung, der Antrag sei nicht zustimmungsfähig. Eine Untersuchung könne sich nur auf städtische Immobilien beziehen.

Stadträtin *Förster* schlägt die Auflegung eines Förderprogramms für Dachausbauten vor.

Die Stadträte *Wissmann* und *Bok* würden einer Überprüfung zustimmen.

Der *Vorsitzende* legt Wert darauf, dass dieser Antrag in seiner Auswirkung zu betrachten ist. Er sagt zu, dass Dachausbauten genehmigt werden, wenn sie rechtlich zulässig sind und im

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des  
Gemeinderats  
am Donnerstag, 14. Dezember 2017 im Ratssaal des Rathauses Waiblingen  
- öffentlich -**

---

Einzelfall auch eine Bebauungsplanänderung vorgenommen werden kann. Eine Untersuchung des Stadtgebietes hingegen würde einen immensen Aufwand verursachen und sehr viel Unfrieden in die Wohngebiete bringen.

Stadträtin *Wörner* versichert, dass ihre Fraktion mit der Stellungnahme der Verwaltung zufrieden ist. Sie bittet darum, bestehende Wünsche bezüglich eines Dachausbaus wohlwollend zu begleiten.

Der Gemeinderat

**beschließt**

bei einer Enthaltung einstimmig:

**Teilweise Zustimmung**

Antrag 19: Konzept für neue Wohngebiete

Stadtrat *Dr. Kasper* erläutert den Antrag. Wenn die Prüfung derzeit wie dargestellt stattfindet, ist seine Fraktion mit einem Verweis in den Ausschuss zufrieden.

Der Gemeinderat

**beschließt**

einstimmig:

**Verweis in den Ausschuss**

Antrag 20/1: Kostengünstiger Wohnraum - Antrag 20/2: Schaffung von Wohnraum

Stadtrat *Fazio* erläutert den Antrag 20/1.

Stadträtin *Goll* erläutert den Antrag 20/2. Sie versichert, dass es nicht Ansinnen ihrer Fraktion ist, dass in Waiblingen weniger gebaut wird. Man sei lediglich der Meinung, dass die Einräumung von Belegungsrechten ein gut funktionierendes Modell ist und keine Notwendigkeit dafür besteht, dass die Stadt selbst aktiv wird. Das bestehende Handlungskonzept sei eventuell nicht mehr zeitgemäß und über das Vorgehen könne jährlich neu beraten werden.

Stadtrat *Kuhnle* hält die eingestellten Mittel für 2018 für ausreichend, mehr könne von der Wohnungsgesellschaft nicht umgesetzt werden. Die DFB-Fraktion hält es nach wie vor für sinnvoll, dass die Stadt eine gewisse Anzahl an Wohnungen selbst erstellt. Daher werden beide Anträge abgelehnt.

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des  
Gemeinderats  
am Donnerstag, 14. Dezember 2017 im Ratssaal des Rathauses Waiblingen  
- öffentlich -**

---

Stadtrat *Wied* begrüßt es ausdrücklich, dass die Stadt selbst baut. Wenn sich eine Bebauung für einen Investor rechnet, müsse es auch für die Stadt rentabel sein.

Seine Fraktion wird dem Antrag der Ali-Fraktion zustimmen.

Er ist über die hohe Anzahl an Wohnungen, die in den nächsten zwei bis drei Jahren von der WHG erstellt werden sollen überrascht und möchte wissen, wo diese entstehen.

Der *Vorsitzende* sagt zu, nochmals nachzuprüfen, wie sich die Zahl zusammensetzt.

Stadtrat *Dr. Kasper* teilt mit, dass die CDU-Fraktion beide Anträge ablehnen wird. Die eingestellten Mittel werden für ausreichend erachtet, anderenfalls könnten überplanmäßig Mittel bereitgestellt werden.

Stadtrat *Wissmann* hält den eingeschlagenen Weg der Stadt für den richtigen und wird beide Anträge ablehnen, Stadtrat *Bok* ebenso.

Der Gemeinderat

**lehnt**

den Antrag 20/1 mehrheitlich mit 21 Stimmen und 12 Gegenstimmen **ab**.

Der Gemeinderat

**lehnt**

den Antrag 20/2 mehrheitlich mit 30 Stimmen und 3 Gegenstimmen **ab**.

Antrag 21: Sanierung städtischer Wohnimmobilien

Stadträtin *Goll* erläutert den Antrag.

Stadtrat *Fazio* teilt mit, dass seine Fraktion zustimmen wird, wenn der Hinweis bezüglich des Verzichts auf einen städtisch finanzierten Wohnungsbau gestrichen werde.

Stadtrat *Wied* wird den Antrag ablehnen, wenn die Verwaltung darlegen kann, dass ausreichend Mittel für eine Sanierung zur Verfügung stehen.

Der *Vorsitzende* berichtet, dass die vorgesehenen Sanierungen nicht wie geplant umgesetzt werden konnten und auch aus diesem Grund kürzlich beschlossen wurde, bei der städtischen Wohnungsgesellschaft eine Ingenieursstelle zu schaffen. Er versichert, dass der Verwaltung daran gelegen ist, den städtischen Wohnungsbestand in einem guten Zustand zu halten.

Der Gemeinderat

**lehnt**

den Antrag mehrheitlich mit 22 Stimmen, 8 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen **ab**.

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des  
Gemeinderats  
am Donnerstag, 14. Dezember 2017 im Ratssaal des Rathauses Waiblingen  
- öffentlich -**

---

Antrag 22/1 und 22/2: Flächensuchlauf Gewerbebauplätze

Stadtrat *Stumpp* erläutert den Antrag 22/1 und teilt mit, dass seine Fraktion mit der aufgezeigten zeitlichen Schiene nicht zufrieden ist. Er schlägt vor, das Verfahren in zwei Stufen durchzuführen. So könnte ein erstes Ergebnis bereits im kommenden Jahr vorgestellt werden und die Flächen, bei denen eine Flächennutzungsplanänderung notwendig wäre, in einem zweiten Verfahren näher beleuchtet werden.

Stadtrat *Jasper* erläutert den Antrag 22/2 und verweist auf die Dringlichkeit dieser Maßnahme. Das Risiko, dass Gewerbebetriebe mangels Expansionsflächen in andere Städte abwandern, sei zu hoch, um dieses Anliegen auf die lange Bank zu schieben.

Stadtrat *Fazio* sagt die Zustimmung zu beiden Anträgen dahingehend zu, dass Baulücken in Gewerbegebieten und ausgewiesene potentielle Gewerbeflächen untersucht werden. Die Ausweisung neuer Gewerbeflächen sei zu weitgehend. Auch werde die Hinzuziehung eines externen Planungsbüros nicht für notwendig erachtet.

Auch Stadtrat *Mergenthaler* hält ein externes Planungsbüro für entbehrlich. Die Situation im Wohnungsbau sei eine komplett andere.

Der *Vorsitzende* stellt klar, dass die größere Untersuchung, etwa zu Flächennutzungsplanänderungen, nicht ohne ein externes Büro möglich ist. Schließlich müsse die Stadt anschließend auch über die Qualität der Flächen Bescheid wissen.

Stadtrat *Stumpp* gibt bekannt, dass seine Fraktion mit der Stellungnahme der Verwaltung zufrieden ist.

Ebenso Stadtrat *Jasper*.

Der *Vorsitzende* stellt klar, dass der Mittelansatz bei den beantragen 50.000 Euro belassen wird.

Der Gemeinderat

**stimmt**

mehrheitlich bei 27 Stimmen, 5 Gegenstimmen und 1 Enthaltung den Anträgen 22/1 und 22/2 mit einer Mittelbereitstellung von 50.000 Euro **zu**.

Antrag 23/1: Planungsrate Bürgerhaus WN-Süd

Stadtrat *Fazio* erläutert den Antrag.

Der Gemeinderat

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des  
Gemeinderats  
am Donnerstag, 14. Dezember 2017 im Ratssaal des Rathauses Waiblingen  
- öffentlich -**

---

**beschließt**

einstimmig:

**Verweis in den Ausschuss**

Antrag E 23/2: Planungsrate Bürgerhaus und Sozial-/Kulturprojekte

Der Gemeinderat

**beschließt**

einstimmig:

**Verweis in den Ausschuss**

Antrag 24: Entfernung Querungshilfe

Ortsvorsteher *Motschenbacher* erläutert den Antrag.

Stadträtin *Förster* bittet darum, dass der Gemeinderat über die Planungsüberlegungen informiert wird.

Der *Vorsitzende* entgegnet, dass dieses Vorgehen der Hauptsatzung widersprechen würde, wonach Angelegenheiten der Ortschaften abschließend in den Ortschaftsräten behandelt werden.

Der Gemeinderat

**beschließt**

einstimmig:

**Zustimmung**

Antrag 25: Ampel Kreuzung Klinglestalstraße

Stadtrat *Dr. von Pollern* erläutert den Antrag und bittet darum, zumindest in Spitzenzeiten eine Bedarfsampel aufzustellen.

Stadtrat *Jasper* regt an, auch die Kreuzung zur Hegnacher Höhe in eine Gesamtbetrachtung miteinzubeziehen.

Stadtrat *Abelein* teilt mit, dass das Problem sehr wohl gesehen wird. Angesichts des immensen Verkehrs auf der Hauptstraße wird aber angezweifelt, ob die Aufstellung einer Ampel der richtige Weg ist. Langfristig könne nur eine Reduzierung des Fahrzeugverkehrs die Situation verbessern.

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des  
Gemeinderats  
am Donnerstag, 14. Dezember 2017 im Ratssaal des Rathauses Waiblingen  
- öffentlich -**

---

Stadtrat *Fazio* spricht sich auch für eine grundlegende Diskussion aus, da das Problem partiell nicht zu lösen sein wird. Dem Verweis in den Ausschuss könne zugestimmt werden.

Der *Vorsitzende* berichtet, dass die Verkehrsthemen im Januar 2018 in die Gremien eingebracht und im März beschlossen werden sollen. Der Bereich in Richtung Hegnacher Höhe war allerdings nicht im Untersuchungsgebiet enthalten. Weiter teilt er mit, dass aufgrund der Verkehrsströme eine Bedarfsampel an der Kreuzung Klinglestalstraße nicht realisierbar ist.

Der Gemeinderat

**beschließt**

einstimmig:

**Verweis in den Ausschuss**

Antrag 26: Prüfung der Wohnsituation

Stadträtin *Wörner* erläutert den Antrag und modifiziert ihn dahingehend, dass ein Verweis in die entsprechenden Ausschüsse beantragt wird.

Stadträtin *Schwarz* weiß um den hohen Bedarf und befürwortet den Antrag.

Stadträtin *Goll* kann sich vorstellen, dass es lohnenswert wäre, den besonderen Bedarf festzustellen. Sie gibt allerdings zu bedenken, dass es sich um sehr unterschiedliche Zielgruppen handelt.

Stadtrat *Dr. Kasper* hält die Zielrichtung ebenfalls für erstrebenswert. Die Stellungnahme der Verwaltung wird für zutreffend erachtet, ebenso ein Verweis in den Ausschuss. Zum Thema altersgerechtes Wohnen könne der Stadtseniorenrat einbezogen werden.

Für Stadtrat *Bubeck* ist die Stellungnahme der Verwaltung ebenfalls schlüssig und der Antrag mit der Stellungnahme erledigt.

Stadtrat *Wissmann* sieht viele offene Fragen, daher befürwortet er einen Verweis in den Ausschuss.

Der *Vorsitzende* bekräftigt, dass dieses Thema die Verwaltung permanent beschäftigt und auch schon alles getan werde, um den genannten Personengruppen gerecht zu werden. So werden Alleinerziehende bei der Vergabe von städtischen Wohnungen über das Punktesystem berücksichtigt. Es werde barrierefrei gebaut, wo es möglich ist und dort umgerüstet, wo es durchführbar ist. Auch gibt es bereits eine Wohnraumberatung für ältere Menschen. Er macht klar, dass ein Verweis in den Ausschuss nicht nötig ist. Sinnvoller ist es, diese Themen bei jedem Bauvorhaben gezielt anzugehen.

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des  
Gemeinderats  
am Donnerstag, 14. Dezember 2017 im Ratssaal des Rathauses Waiblingen  
- öffentlich -**

---

Stadträtin *Wörner* kann mit der Stellungnahme der Verwaltung gehen, wenn zugesichert wird, dass diese Themen bei künftigen Neubauprojekten besonders berücksichtigt werden.

Der *Vorsitzende* sagt dies gerne zu.

Der Gemeinderat

**beschließt**

bei einer Enthaltung einstimmig:

**Mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt**

Antrag E 27: Ampelsteuerung Alter Postplatz

Der *Vorsitzende* verweist auf den vorliegenden Antrag.

Stadträtin *Förster* berichtet, dass es sich bei der Antragstellerin um ihre Mutter handelt, die bereits vor zwei Jahren in dieser Sache vorgesprochen hatte und ihr eine Überprüfung zugesagt wurde. Eine Arbeitszeit von zwei Jahren für die Überprüfung einer Ampelregelung sei sehr lange.

Der Gemeinderat

**beschließt**

einstimmig:

**Verweis in den Ausschuss**

Antrag 28: Radverkehrskonzept

Stadträtin *Schwarz* erläutert den Antrag. Das Radverkehrskonzept im Verkehrsentwicklungsplan, auf das in der Stellungnahme der Verwaltung verwiesen wird, bestehe aus einer Mängelauflistung. Dies sei als Grundlage für ein Radverkehrskonzept nicht ausreichend.

Stadtrat *Abelein* verspricht sich von einem neuen Konzept nicht viel. Anstatt immer neu zu planen, solle besser an die Umsetzung gegangen werden.

Stadtrat *Dr. von Pollern* sieht das Thema in guten Händen und geht davon aus, dass das Radwegekonzept ständig weiterentwickelt wird.

Stadträtin *Goll* hält den Ansatz für gut. Die Situation für Radfahrer in Waiblingen sei sicher verbesserungsfähig. Sinnvoll hielte sie es auf jeden Fall, Wegebeziehungen zu speziellen Orten, wie beispielsweise zu Schulen, zu untersuchen.

Stadtrat *Kuhnle* verweist darauf, dass im Jahr 2016 eine 50 %-Stelle für einen Radfahrbeauftragten geschaffen wurde. Weitere Ausgaben werden nicht für notwendig erachtet.

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des  
Gemeinderats  
am Donnerstag, 14. Dezember 2017 im Ratssaal des Rathauses Waiblingen  
- öffentlich -**

---

Stadtrat *Bok* schlägt einen Übersichtsplan vor, in den die geplanten Maßnahmen eingezeichnet sind.

Der *Vorsitzende* verweist auf die jährlichen Veranstaltungen mit Pro-Velo, bei denen der Verwaltung die Verbesserungsbedarfe aufgezeigt werden. In Waiblingen werde viel zur Verbesserung des Radverkehrs getan. Auch wenn es immer wieder vorkomme, dass Maßnahmen für den Radverkehr nicht umgesetzt werden können, etwa weil die Maßnahme zu Konflikten mit anderen Verkehrsteilnehmern führen würde.

Stadträtin *Schwarz* stimmt zu, dass die Anregungen von Pro-Velo wichtig sind. Diese in einem Konzept zu bündeln sei das Ziel dieses Antrags.

Der Gemeinderat

**lehnt**

den Antrag mehrheitlich mit 26 Stimmen, 5 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen **ab**.

Antrag 29: Werbekampagne für den Radverkehr

Stadtrat *Wied* erläutert den Antrag. Seine Fraktion könne der Verwaltung unter der Maßgabe zustimmen, dass bis Mitte des kommenden Jahres dargestellt wird, welche Maßnahmen angegangen werden.

Der Gemeinderat

**beschließt**

einstimmig:

**Teilweise Zustimmung**

Antrag 30: Fahrradabstellanlagen

Stadtrat *Abelein* erläutert den Antrag. Er ergänzt den Antrag um den Zusatz, dort Fahrradabstellanlagen zu schaffen, wo es räumlich möglich ist.

Stadträtin *Goll* hielte es für einfacher, wenn die Stellen konkret benannt würden.

Auch Stadtrat *Feßmann* ist der Meinung, dass zunächst erhoben werden müsste, wo dies möglich ist.

Stadtrat *Fazio* kann auch mit der Formulierung „über das komplette Stadtgebiet“ zustimmen.

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des  
Gemeinderats  
am Donnerstag, 14. Dezember 2017 im Ratssaal des Rathauses Waiblingen  
- öffentlich -**

---

Stadtrat *Dr. Kasper* ist der Antrag zu pauschal. Zunächst sei zu definieren, wo beispielsweise die Mobilitätsschnittpunkte sind. Vor einer Beschlussfassung müsste das Thema im Ausschuss näher erörtert werden.

Der *Vorsitzende* hält diesen Planungsaufwand für unnötig. Entscheidend sei die Frage, wo die Anlagen Sinn machen. Schließlich müsse es auch einen Fahrradzulauf geben, wie beispielsweise bei Endhaltestellen.

Stadtrat *Abelein* ist sich sicher, dass es viele solcher Punkte in Waiblingen gibt. Gerade in den Ortschaften betrage der Fußweg zu einer Bushaltestelle bis zu 800 Metern. Seine Fraktion wäre mit einem Verweis in den Ausschuss einverstanden.

Der *Vorsitzende* sagt zu, gerne über einen Verweis in den Ausschuss abzustimmen.

Der Gemeinderat

**lehnt**

den Antrag sowie den Verweis in einen Ausschuss mehrheitlich mit 19 Stimmen, 13 Gegenstimmen und 1 Enthaltung **ab**.

Antrag 31: Kreisverkehr Jesistraße

Stadtrat *Dr. Kasper* erläutert den Antrag. Wenn es keine andere Lösung gibt, wäre er mit einem Verweis in den Ausschuss einverstanden.

Der *Vorsitzende* macht klar, dass in einer Haushaltssitzung keine verkehrsrechtlichen Fragen geklärt werden können und der Antrag deshalb in den Ausschuss verwiesen wird.

Stadtrat *Fazio* teilt mit, dass seine Fraktion dem Antrag zustimmen könne, da es eine gute Möglichkeit sei, die dortige Situation zu entlasten.

Stadträtin *Goll* bemerkt, dass die Vorgehensweise zu überdenken sei, zuerst Wohnbebauung zu schaffen und sich anschließend Gedanken über den Verkehr zu machen. Zudem möchte sie wissen, welchen Sinn einen Verweis in den Ausschuss haben soll, wenn weder ein Kreisverkehr noch eine Ampel möglich sind.

Der *Vorsitzende* erklärt, dass im Ausschuss alle Möglichkeiten und deren Auswirkungen vorgestellt werden sollen.

Stadtrat *Dr. Kasper* kann einem Verweis in den Ausschuss zustimmen. Es werde darauf gedrängt, dass diese Angelegenheit schnell behandelt wird und Maßnahmen folgen.

Der Gemeinderat

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des  
Gemeinderats  
am Donnerstag, 14. Dezember 2017 im Ratssaal des Rathauses Waiblingen  
- öffentlich -**

---

**beschließt**

einstimmig:

**Verweis in den Ausschuss**

Antrag 32: Querung Kreisstraße 1849

Ortschaftsrat *Wissmann* erläutert den Antrag.

Der Gemeinderat

**lehnt**

den Antrag mehrheitlich mit 14 Stimmen, 14 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen **ab**.

Antrag 33: Dritter Bauabschnitt Neckarstraße

Ortsvorsteher *Motschenbacher* erläutert den Antrag.

Der *Vorsitzende* versichert, dass diesem Antrag gerne zugestimmt werden würde. Die Verwaltung habe sich allerdings darauf verlassen, dass die Maßnahme wie beschlossen umgesetzt wird und es wurde noch nicht mit der Vorplanung begonnen. Auch komme eine Realisierung der Baumaßnahme nur in den Sommerferien in Betracht.

Der Gemeinderat

**lehnt**

den Antrag mehrheitlich mit 18 Stimmen, 10 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen **ab**.

Antrag 34/1: Fahrgastzählung Bushaltestellen

Stadträtin *Supernok* erläutert den Antrag.

Stadträtin *Unger* schlägt vor, an jeder Bushaltestelle eine Bank aufzustellen und so auf eine Fahrgastzählung zu verzichten.

Auch Stadträtin *Förster* hält eine Zählung nicht für notwendig.

Antrag 34/2: Bänke für Bushaltestellen

Stadtrat *Fazio* erläutert den Antrag. Die ALi-Fraktion ist mit einem Verweis in den Ausschuss einverstanden.

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des  
Gemeinderats  
am Donnerstag, 14. Dezember 2017 im Ratssaal des Rathauses Waiblingen  
- öffentlich -**

---

Antrag E 34/3: Sitzbank Bushaltestelle Schwabstraße

Der Gemeinderat

**beschließt**

für die Anträge 34/1, 34/2 und 34/3 einstimmig:

**Verweis in den Ausschuss**

Antrag 35: Pflanzen von Geburtsbäumen

Stadtrat *Dr. Kasper* erläutert den Antrag.

Der Gemeinderat

**lehnt**

den Antrag mehrheitlich mit 23 Stimmen, 8 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen **ab**.

Antrag 36: Ladestation für elektronische Geräte

Stadträtin *Förster* erläutert den Antrag. Die ALi-Fraktion ist mit einer Station als Testprojekt einverstanden, hält allerdings den Standort nicht für optimal. Stattdessen wird vorgeschlagen die Station am alten Postplatz, am Rathausplatz, bei der Galerie Stihl oder am Bahnhof aufzustellen.

Stadtrat *Jasper* hält auch einen frequentierteren Platz in der Innenstadt für angemessener.

Der *Vorsitzende* sagt zu, dass die Verwaltung den Hinweis aufnimmt und einen passenden Ort finden wird, etwa im Bereich des Hallenbadparkplatzes oder des Postplatzes. Im PTU wird zu gegebener Zeit berichtet.

Der Gemeinderat

**beschließt**

mehrheitlich mit 27 Stimmen, 2 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen:

**Teilweise Zustimmung**

Antrag 37: Kunstlichtung Blumenband

Stadträtin *Eckstein* erläutert den Antrag.

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des  
Gemeinderats  
am Donnerstag, 14. Dezember 2017 im Ratssaal des Rathauses Waiblingen  
- öffentlich -**

---

Stadträtin *Goll* möchte weder das Stahlband noch eine Blumenbepflanzung.

Stadtrat *Fazio* ist immer noch der Meinung, dass der damalige Beschluss über die Kunstlichtung keine Einfassung beinhaltet.

Stadtrat *Feßmann* gibt zu bedenken, dass ein Blumenband hohe Pflegekosten verursachen würde. Seine Fraktion spricht sich weiterhin für das Cortenband aus.

Stadtrat *Dr. von Pollern* gibt zu, dass sich auch die CDU-Fraktion hinsichtlich der hohen Kosten schwer tue, aber Qualität nun mal seinen Preis habe.

Der *Vorsitzende* verteidigt das Stahlband als sinnvolle und notwendige Maßnahme zur Komplettierung der Kunstlichtung.

Der Gemeinderat

**lehnt**

den Antrag mehrheitlich mit 19 Stimmen und 14 Gegenstimmen **ab**.

Antrag 38: Masterplan Biodiversität

Stadträtin *Förster* erläutert den Antrag. Die Stellungnahme der Verwaltung geht der ALi-Fraktion nicht weit genug. Ein wichtiges Kriterium sei auch die Pestizidvermeidung.

Stadtrat *Escher* sieht in seiner Eigenschaft als Landwirt den Antrag als sehr positiv an.

Stadtrat *Dr. Kasper* hält den Antrag ebenfalls für wichtig und die CDU-Fraktion wird in vollem Umfang zustimmen.

Auch Stadtrat *Abelein* unterstützt den Antrag.

Stadtrat *Wissmann* hat Bedenken, ob das Gremium etwas gegen den Pestizideinsatz ausrichten kann.

Der *Vorsitzende* bittet darum, sich das Thema im Ausschuss vorstellen zu lassen. Es soll dargestellt werden, was ein solcher Beschluss im Einzelnen bedeuten würde, mit allen personellen und finanziellen Auswirkungen. Auch soll erörtert werden, ob ein Masterplan erforderlich ist oder das Thema nicht besser maßnahmenbezogen angegangen wird. Die richtige Vorgehensweise wäre, sich die Themen vorstellen zu lassen, zu prüfen und dann zu entscheiden.

Stadtrat *Jasper* beantragt eine Sitzungsunterbrechung, um sich in der Fraktion beraten zu können.

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des  
Gemeinderats  
am Donnerstag, 14. Dezember 2017 im Ratssaal des Rathauses Waiblingen  
- öffentlich -**

---

Nach der Sitzungsunterbrechung modifiziert Stadträtin *Förster* den Antrag dahingehend, dass die Aufstellung eines Masterplans im Ausschuss unter Hinzuziehung eines Sachverständigen beraten wird, mit dem Willen, dass die Maßnahmen sukzessive umgesetzt werden.

Stadtrat *Jasper* kann in der heutigen Sitzung nicht zustimmen, da weder die Maßnahmen noch die Kosten bekannt sind.

Stadtrat *Abele* ist der Meinung, dass die Tragweite eines solchen Beschlusses nicht jedem bewusst zu sein scheint. Er schlägt einen Verweis in den Ausschuss vor, in dem die einzelnen Maßnahmen beschlossen werden.

Stadtrat *Fazio* hält daran fest, dass im Ausschuss beraten wird und die daraus entstehenden Beschlüsse sukzessive umgesetzt werden.

Stadtrat *Wied* kann über den Antrag so nicht beschließen. Dieses Thema erfordere fachlichen Input.

Der *Vorsitzende* macht klar, dass man sich in Haushaltsberatungen befindet und im Rahmen dessen keine derart wichtige politische Entscheidung getroffen werden kann. Außerdem ist es nicht möglich, dass der Gemeinderat einen Ausschuss beauftragt, Maßnahmen positiv zu beschließen. Der einzige gangbare Weg ist es, den Antrag in den Ausschuss zu bringen, in dem das Gremium sachkundig informiert wird.

Stadträtin *Hernadi* kann dem nur zustimmen.

Stadtrat *Bläsing* gibt außerdem zu bedenken, dass die Stadt keine untere Verwaltungsbehörde ist und demnach im Forst oder Naturschutz keine amtliche Entscheidungskompetenz hat.

Der Gemeinderat

**beschließt**

einstimmig:

**Verweis in den Ausschuss**

Antrag 39: Erweiterung Carsharing-Angebot

Stadtrat *Abelein* erläutert den Antrag. Er schlägt vor, ein Carsharing-Auto in Berg-Bürg zu platzieren, um zu sehen wie die Nachfrage ist.

Stadträtin *Winkler* stimmt dem Antrag zu.

Stadtrat *Bechtle* gibt zu bedenken, dass die stadtmobil carsharing AG ein Wirtschaftsunternehmen ist und einen solchen Versuch sofort abbrechen würde, wenn die Nutzerzahlen nicht stimmen. Nachdem selbst in manchen Stuttgarter Stadtteilen das Angebot

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des  
Gemeinderats  
am Donnerstag, 14. Dezember 2017 im Ratssaal des Rathauses Waiblingen  
- öffentlich -**

---

nicht entsprechend angenommen wird, geht er nicht davon aus, dass ein Versuch in den Waiblinger Ortschaften überhaupt unternommen wird.

Auch Stadtrat *Kuhnle* ist sich sicher, dass das Angebot in der Fläche nicht angenommen werden wird.

Der *Vorsitzende* sagt zu, dass bei dem Unternehmen angefragt wird, ob eine Testphase in Berg-Bürg vorstellbar ist.

Stadtrat *Abelein* zieht daraufhin den Antrag zurück.

**Antrag zurückgezogen**

Anträge 40/1, 40/2 und 40/3: Wochenmarkt

Stadträtin *Sonntag* erläutert den Antrag 40/1.

Stadträtin *Goll* erläutert den Antrag 40/2.

Stadtrat *Jasper* erläutert den Antrag 40/3.

Stadtrat *Fazio* sieht die Notwendigkeit zu handeln und wird den Anträgen zustimmen. Allerdings möchte seine Fraktion nicht, dass die Zuständigkeit des Wochenmarkts zur WTM wechselt. Für den Wochenmarkt sollte weiterhin der Gemeinderat zuständig sein. Er möchte daher über Punkt 2 des DFB-Antrags gesondert abstimmen.

Der *Vorsitzende* versichert, dass im Rahmen der Haushaltsberatungen nicht festgelegt wird, ob die WTM oder weiterhin der Fachbereich 30 für den Wochenmarkt verantwortlich sein wird.

Der Gemeinderat

**stimmt**

mehrheitlich bei 32 Stimmen und 1 Gegenstimme den Anträgen 40/1, 40/2 und 40/3 **zu**.

Antrag 41 FP: Entwicklung Gewerbegebiet Flachsäcker

Ortschaftsrat *Wissmann* erläutert den Antrag.

Der Gemeinderat

**beschließt**

einstimmig mit 29 Stimmen und 4 Enthaltungen:

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des  
Gemeinderats  
am Donnerstag, 14. Dezember 2017 im Ratssaal des Rathauses Waiblingen  
- öffentlich -**

---

**Teilweise Zustimmung**

Antrag 42 FP: Sanierung Bergstraße

Ortsvorsteher *Ozan* erläutert den Antrag.

Stadträtin *Goll* kann nicht nachvollziehen, dass in den Haushaltsberatungen für das Jahr 2018 verbindlich beschlossen werden soll, Mittel für 2019 einzustellen. Zudem möchte sie wissen, warum sich die Verwaltung und der Ortschaftsrat bei Punkt 4 nicht einig sind.

Stadtrat *Bechtle* erläutert, dass die Kreuzung vermehrt von Kindern genutzt und in der Bürgerschaft als gefährlich angesehen wird.

Dem stimmt Stadträtin *Wörner* zu. Dass hier eine Konfliktsituation entsteht, sei bereits bei der Erschließung dieses Wohngebiets absehbar gewesen.

Der *Vorsitzende* modifiziert die Stellungnahme der Verwaltung dahingehend, dass dem Punkt 4 zugestimmt und in den Ortschaftsrat verwiesen wird.

Der Gemeinderat

**stimmt**

dem Antrag einstimmig **zu**.

Der Gemeinderat

**beschließt**

mehrheitlich bei 27 Stimmen und 5 Gegenstimmen:

**Aufgrund von § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg i.d.F. vom 24.07.2000 (Gbl. S. 581 und 698) beschließt der Gemeinderat am 14.12.2017 die in der Anlage angeführte**

**Haushaltssatzung (A §§ 1-6)**

**für das Haushaltsjahr 2018**

**sowie die Finanzplanung bis 2021 (B) und die Bürgerschaftsübernahmen für die städtischen Gesellschaften (C).**

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des  
Gemeinderats  
am Donnerstag, 14. Dezember 2017 im Ratssaal des Rathauses Waiblingen  
- öffentlich -**

---

## **§ 4 Wirtschaftsplan 2018 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung**

Der Gemeinderat

**beschließt**

einstimmig:

**Dem Wirtschaftsplan für das Jahr 2018 für den Eigenbetrieb Stadtentwässerung wird zugestimmt.**

**Aufgrund von § 9 Abs.1, §12 Abs 1 und §14 des Eigenbetriebsgesetzes in der Fassung vom 08.01.1992 (GBI.S22) zuletzt geändert am 04.05.2009 (GBI.S 185) in Verbindung mit § 39 Abs. 2 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 24.07.2000 (GBI.S. 582, berichtigt S.698) zuletzt geändert am 16.04.2013 (GBI.S.55) hat der Gemeinderat am 14.12.2017 folgenden Wirtschaftsplan für das Jahr 2018 beschlossen:**

**Der Wirtschaftsplan wird wie folgt festgesetzt:**

### **§ 1**

#### **1. Im Ergebnisplan mit**

<b>1.1. ordentlichen Erträgen von</b>	<b>7.981.500 €</b>
<b>1.2. ordentlichen Aufwendungen von</b>	<b><u>8.047.400 €</u></b>
<b>1.3. ordentliches Ergebnis</b>	<b>-65.900 €</b>
<b>1.4. außerordentlichen Erträge von</b>	<b>0 €</b>
<b>1.5. außerordentlichen Aufwendungen von</b>	<b><u>0 €</u></b>
<b>1.6. Sonderergebnis</b>	<b>0 €</b>
<b>1.7. Gesamtergebnis</b>	<b>-65.900 €</b>

#### **2. Im Finanzplan mit**

<b>2.1. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>	<b>7.087.500 €</b>
<b>2.2. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>	<b><u>4.989.100 €</u></b>
<b>2.3. Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnisplans</b>	<b>2.098.400 €</b>
<b>2.4. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	<b>280.000 €</b>
<b>2.5. Auszahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	<b><u>3.210.000 €</u></b>
<b>2.6. Zahlungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit</b>	<b>-2.930.000 €</b>

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des  
Gemeinderats  
am Donnerstag, 14. Dezember 2017 im Ratssaal des Rathauses Waiblingen  
- öffentlich -**

---

<b>2.7. Finanzierungsmittelfehlbetrag (2.3.-2.6.)</b>	<b>-831.600 €</b>
<b>2.8. Einzahlungen aus Kreditaufnahmen</b>	<b>3.517.600 €</b>
<b>2.9. Auszahlung aus der Tilgung von Krediten</b>	<b><u>2.686.000 €</u></b>
<b>2.10. Saldo aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b>831.600 €</b>
<b>2.11. Finanzierungsmittelendbestand</b>	<b><u>0 €</u></b>

**§ 2**

**Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen wird festgesetzt auf 3.517.600 €.**

**§ 3**

**Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf 850.000 €.**

**§ 4**

**Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 2.000.000 €.**

**Waiblingen, 14.12.2017**

**Andreas Hesky  
Oberbürgermeister**

**§ 5 Kläranlage Hegnach, Neubau Gebläsestation  
- Planungsbeschluss**

Der Gemeinderat

**beschließt**

einstimmig:

**Der Vorentwurfsplanung des Büros iat, Stuttgart zum Neubau der Gebläsestation auf der Kläranlage Hegnach wird zugestimmt.**

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des  
Gemeinderats  
am Donnerstag, 14. Dezember 2017 im Ratssaal des Rathauses Waiblingen  
- öffentlich -**

---

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage der vorliegenden Vorentwurfsplanung mit Kosten in Höhe von ca. 1.225.000,- € (einschl. Baunebenkosten) die weiteren Planungsschritte zu beauftragen.

**§ 6 Kernstadt III (SGP) - Änderung der Satzung über die  
förmliche Festsetzung des Sanierungsgebietes Planbereich 01.01 /  
Planbereich 06.02 Gemarkung Waiblingen  
- Satzungsbeschluss**

Der *Vorsitzende* verweist auf die Tischvorlage PTU 85/2017-1, in der zwei Daten korrigiert wurden.

Der Gemeinderat

**beschließt**

einstimmig:

1. Das Sanierungsgebiet Kernstadt III wird entsprechend dem Lageplan vom 07.11.2017 um die Bereiche „Spielinseln am Talaensee“ und „Umfeld Minigolfanlage“, erweitert.
2. Satzungsbeschluss:  
Folgende Satzung der Stadt Waiblingen zur Änderung der Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes "Kernstadt III" wird beschlossen:

Aufgrund § 142 Abs. 3 Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), mit Änderungen und § 4 Abs. 1 der Gemeindeordnung (GemO) in der Fassung vom 24.07.2000 (GBl. S. 581), mit Änderungen beschließt der Gemeinderat der Stadt Waiblingen folgende Satzung:

**§ 1**

**Änderung des förmlich festgelegten Sanierungsgebiets**

Das durch Satzung am 29.09.2016 zuletzt geänderte förmlich festgelegte Sanierungsgebiet "Kernstadt III" wird um die Bereiche „Spielinseln am Talaensee“ und „Umfeld Minigolfanlage“ erweitert.

Das Sanierungsgebiet umfasst alle Grundstücke und Grundstücksteile innerhalb der in dem beiliegenden Lageplan „Kernstadt III“ des Fachbereiches Stadtplanung vom 07.11.2017 abgegrenzten Flächen. Der Plan ist Bestandteil der Satzung und als Anlage beigefügt.

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des  
Gemeinderats  
am Donnerstag, 14. Dezember 2017 im Ratssaal des Rathauses Waiblingen  
- öffentlich -**

---

**§ 2**

**Verfahren**

**Die Sanierungsmaßnahme im erweiterten Gebiet wird im vereinfachten Verfahren nach § 142 Abs. 4 BauGB durchgeführt. Die besonderen sanierungsrechtlichen Vorschriften der §§ 152 bis 156a BauGB finden keine Anwendung.**

**§ 3**

**Genehmigungspflichten**

**Die Vorschriften des § 144 BauGB über genehmigungspflichtige Vorhaben, Teilungen und Rechtsvorgänge finden mit Ausnahme von § 144 Abs. 2 BauGB Anwendung.**

**§ 4**

**In Kraft Treten**

**Diese Satzung wird gem. § 143 Abs. 1 BauGB mit ihrer Bekanntmachung rechtsverbindlich**

**§ 7 Remstal Gartenschau 2019, Umgestaltung Seeplatz  
- Baubeschluss**

Der Gemeinderat

**beschließt**

einstimmig:

**Der Entwurfsplanung des Büros RMP Lenzen, Bonn vom 17.11.2017 zur Umgestaltung des Seeplatzes wird zugestimmt.**

**Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage der vorliegenden Entwurfsplanung mit Kosten in Höhe von ca. 520.000,- € brutto einschl. Baunebenkosten die Ausschreibung der Baumaßnahme durchzuführen.**

**Die Finanzmittel sind auf der Finanzposition 55.10.0000-78730000.358 „Remstal Gartenschau 2019, Seeplatz“ im Haushaltsplan 2018 bereitzustellen.**

**§ 8 Friedensschule Neustadt - Fortsetzung der  
Sanierungsmaßnahmen am Hauptgebäude  
- Baubeschluss Bauabschnitt 2018**

**Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des  
Gemeinderats  
am Donnerstag, 14. Dezember 2017 im Ratssaal des Rathauses Waiblingen  
- öffentlich -**

---

Der Gemeinderat

**beschließt**

einstimmig:

**Dem Entwurf mit Kostenberechnung in Höhe von rund 733.000 € zur Umsetzung des 2. Bauabschnitts wird zugestimmt (Baubeschluss).**

**Für das Produkt 21101003 sind auf dem Konto 78710000.001 im Haushaltsplan 2018 Mittel in Höhe von 735.000 € vorzusehen.**

### **§ 9 Fortschreibung des Integrationskonzeptes**

Der Gemeinderat

**beschließt**

einstimmig:

**Dem vorgeschlagenen weiteren Ablauf des Fortschreibungsprozesses des Integrationskonzeptes wird zugestimmt.**

### **§ 10 Verschiedenes**

Hierzu wurde nichts aufgerufen.

### **§ 11 Anfragen**

Hierzu wurde nichts aufgerufen.